

Position des Deutschen Gewerkschaftsbundes

30.06.2023

Gewerkschaftliche Anforderungen an eine moderne Rohstoffversorgung

1) Hintergrund

Eine der wichtigsten Fragen der kommenden Jahre wird sein, wie die hohe Rohstoffnachfrage der sozial-ökologischen Transformation befriedigt werden kann. Transformationstechnologien wie Erneuerbare Energie-Anlagen, Speichertechnologien oder die Halbleiterbranche brauchen andere und teilweise deutlich mehr Rohstoffe als die bisher genutzten konventionellen Technologien. Sie sind Grundlage für das Gelingen der Transformation und das Erreichen der Klimaziele. Je schneller die Transformation vollzogen werden soll, desto größer ist der Bedarf an Rohstoffen und deren industrielle Verarbeitung.

Deutschland verfügt über begrenzte eigene Rohstoffvorkommen und ist deswegen in hohem Maße von Importen abhängig. 39 von 46 kritischen Rohstoffen muss Deutschland importieren. Auch die EU ist in weiten Teilen von Importen abhängig, bei Stoffen wie Lithium, Magnesium und den meisten Seltenen Erden zu 100 Prozent. Hinzu kommt der Umstand, dass in vielen Fällen die Lieferabhängigkeit sehr konzentriert ist. Beim Rohstoff Kobalt entfällt rund 70 Prozent der globalen Fördermenge auf die Demokratische Republik Kongo, bei Gallium, das etwa in der Halbleiterindustrie Verwendung findet, liegt die Primärproduktion zu rund 97 Prozent in China.

Auch bei vielen anderen Rohstoffen hat China einen sehr großen Anteil und die Abhängigkeiten von China als Lieferant sind immens. Dies liegt insbesondere an der Raffination von Rohstoffen. Während knapp 15 Prozent der weitweiten Bergwerksproduktion auf China entfallen, beträgt sein Weltmarktanteil bei der Raffinadeproduktion beinahe 50 Prozent. Dies wiederum lässt sich nicht mit geologischen Eigenschaften erklären, sondern ist Ausdruck Chinas Strategie, eine dominante Rolle auf dem Rohstoffmarkt einzunehmen. Spätestens seit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine zeigt sich die Gefahr zu großer Abhängigkeiten von einzelnen Lieferländern, die bereits in der Corona-Pandemie zu Engpässen in den internationalen Lieferketten geführt haben. Es ist davon auszugehen, dass strukturelle Unsicherheiten bei der Versorgung mit wichtigen Rohstoffen zukünftig eher die Regel als die Ausnahme sein werden.

Deutscher Gewerkschaftsbund

Abteilung Struktur-, Industrie- und Dienstleistungspolitik
Abteilung Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik

Leon Krüger

Referent für Industriepolitik

Leon.Krueger@dgb.de

Nora Rohde

Referentin für internationale Handelspolitik

Nora.Rohde@dgb.de

Jan Philipp Rohde

Referent für Klima-, Umwelt- und Nachhaltigkeitspolitik

Janphilipp.Rohde@dgb.de

Keithstraße 1
D 10787 Berlin

www.dgb.de

Das Recycling von Rohstoffen wird den heutigen Bedarf nicht decken können. In vielen Fällen gibt es noch keine tragfähigen Verfahren zum Recycling von kritischen Rohstoffen. Darüber hinaus ergibt sich in vielen Bereichen ein zeitlicher Verzug. Autobatterien oder Stromspeicher werden erst nach langer Zeit ausgetauscht, sodass die darin gebundenen Rohstoffe erst in vielen Jahren für das Recycling und die Wiederverwendung zur Verfügung stehen.

Vor diesem Hintergrund ist es richtig, dass sich die Bundesregierung mit der nationalen Rohstoffstrategie und die EU-Kommission mit dem *Critical Raw Materials Act* mit einer sicheren nationalen und europäischen Rohstoffversorgung auseinandersetzen, um die nachhaltige Versorgung mit Rohstoffen für die Transformation sicherzustellen und die Wertschöpfungsnetzwerke in Deutschland und Europa zu stärken. Mit der Vorgabe von Quoten für die in der EU benötigten Rohstoffe, die durch Recycling (15 Prozent) und heimischen Abbau (10 Prozent) gewonnen sowie in der EU weiterverarbeitet werden sollen (40 Prozent), werden konkrete Ziele definiert, an denen sich die Europäische Union messen lassen muss. Der DGB erwartet, dass die Mitgliedsstaaten und die EU-Kommission Maßnahmen vorlegen, um diese Ziele zu erreichen.

Gleichzeitig ist sicherzustellen, dass Menschen- und Arbeitnehmer*innenrechte sowie Nachhaltigkeitsziele nicht hinter der Versorgungssicherheit zurückgestellt werden. Der Bergbau ist zur Befriedigung des aktuellen Bedarfs an Rohstoffen für die Transformation unabdingbar. Er geht aber in vielen Ländern mit Menschenrechtsverletzungen einher und kann zu stärkeren Umweltbelastungen beitragen, wenn weniger strenge Standards als in Deutschland und Europa gelten.

Grundsätzlich ist das bisherige Wirtschaftsmodell, das auf immer höheren Ressourcenverbräuchen auf Kosten von Mensch und Natur basiert, erkennbar an seinem Ende angelangt: 2019 hat die Menschheit erstmals über 100 Milliarden Tonnen natürliche Ressourcen in Anspruch genommen. Deswegen muss eine Rohstoffpolitik neben dem Abbau auch immer auf die Reduzierung des Primärverbrauchs von Rohstoffen sowie den Aufbau einer flächendeckenden Kreislaufwirtschaft ausgerichtet sein. Die Rohstoffwertschöpfungskette bietet Beschäftigungspotentiale – sowohl in der Kreislaufwirtschaft als auch im Abbau und bei der Weiterverarbeitung. Es sollte eine strategische Rohstoffpolitik entwickelt werden, die Ansprüche an Nachhaltigkeit, Versorgungssicherheit und Gute Arbeit miteinander verbindet. Aus Sicht des DGB sollten dafür vier Ziele verfolgt werden:

- Kreislaufwirtschaft fördern und Rohstoffverbrauch, wo möglich, reduzieren
- Gute Arbeit und hohe Umweltstandards entlang der Rohstofflieferkette sicherstellen
- Resiliente Rohstoffversorgung aufbauen, Diversifizierung der Lieferketten voranbringen, europäischen Abbau fördern
- Bestehende Abhängigkeiten wo möglich reduzieren, in jedem Fall nicht weiter vergrößern

In den Gesetzgebungsvorhaben und politischen Debatten fehlt eine gewerkschaftliche Einordnung der aktuellen rohstoffpolitischen Vorhaben. Mit diesem DGB-Papier soll diese Lücke geschlossen und die zentralen gewerkschaftlichen Positionen dargelegt werden.

2) Grundsätzlich: Kreislaufwirtschaft fördern und Rohstoffverbrauch, wo möglich, reduzieren

Eine stabile Rohstoffversorgung ist für die industrielle Produktion in Deutschland von zentraler Bedeutung und in vielen strategischen Bereichen der Transformation wichtige Voraussetzung, damit die Klimaziele erreicht werden können. Für die Produktion von Transformationstechnologien, die in den nächsten Jahren gebraucht werden, muss vorübergehend auf Primärrohstoffe zurückgegriffen werden, da aktuell noch zu wenige Sekundärrohstoffe in entsprechender Qualität zur Verfügung stehen, um den Bedarf zu decken. Um die Rohstoffversorgung jedoch langfristig nachhaltig zu gestalten, muss der Einsatz von Primärrohstoffen deutlich reduziert sowie vermehrt durch Sekundär- bzw. recycelte Rohstoffe ersetzt werden.

Der Einstieg in die Kreislaufwirtschaft ist daher unausweichlich und konkrete Maßnahmen müssen zügig umgesetzt werden. Kreislaufwirtschaft ist nicht nur ökologisch notwendig, sondern für ein rohstoffarmes Land wie Deutschland auch wirtschaftlich geboten. Um zu verhindern, dass wertvolle Ressourcen verloren gehen, braucht es Anreize und Vorgaben, um den Anteil an Recyclaten bei der Herstellung von Produkten zu erhöhen. Zugleich muss sichergestellt werden, dass die Qualität der wieder zu verwertenden Sekundärrohstoffe über die Nutzungsdauer gewährleistet bleibt.

Um Stoffkreisläufe zu schließen, braucht es einen allumfassenden Ansatz, der von Produktdesign über Nutzung und Abfallverwertung alle Projektphasen berücksichtigt. Es gilt, Produkte so langlebig wie möglich zu gestalten und Rohstoffe so effizient und sparsam wie möglich zu verbauen sowie ein späteres Recycling unkompliziert zu ermöglichen. Zudem sollte die Reparierbarkeit ebenfalls gewährleistet werden.

Da aus dem Markt heraus zu wenig Anreiz für diesen umfassenden Ansatz entstehen, braucht es einen geeigneten und umfassenden politischen Rahmen. Rohstoffpolitische Initiativen wie die nationale Rohstoffstrategie oder der *Critical Raw Materials Act* auf EU-Ebene müssen daher eng mit den entsprechenden Initiativen zum Thema Kreislaufwirtschaft und Ökodesign verknüpft werden (Nationale Kreislaufwirtschaftsstrategie sowie Ökodesign-Verordnung auf EU-Ebene).

Neben den ökologischen Aspekten sind Beschäftigungsfragen zentral. Denn die Kreislaufwirtschaft bietet Chancen für Beschäftigung und Wertschöpfung und ist zudem Gebot der Stunde. Allerdings sollte dies nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Transformation hin zur Kreislaufwirtschaft zu massiven Strukturveränderungen führen wird. Ein Großteil der bestehenden Produktionsmuster wird sich verändern.

Damit geraten bestehende Branchen, Unternehmen, aber auch Beschäftigung unter Druck. Betrachtet man die in der Kreislaufwirtschaft notwendigen Qualifikationsprofile, so werden vor allem gut und gering qualifizierte Beschäftigte vom Wandel zur Kreislaufwirtschaft profitieren (im Hochlohnsektor zum Beispiel die Bioökonomie, im Niedriglohnsektor die Logistikbranche). Neben Qualifikationsfragen ergeben sich daraus unmittelbar auch struktur- und regionalpolitische Implikationen.

Darüber hinaus braucht es einen politischen Rahmen, der Innovationen fördert, klare Vorgaben für zielgerichtete Investitionsentscheidungen bietet und dabei Gute Arbeit und Beschäftigungsentwicklung im Blick hat. Innovationen sowie Forschung und Entwicklung sind notwendig, um die Kosten für das Recycling von Rohstoffen zu senken und Recyclingmaterialien wettbewerbsfähig zu machen. Eine nachhaltige Finanzierung dieser Bereiche ist daher grundlegend.

3) Gute Arbeit und hohe Umweltstandards entlang der Rohstofflieferkette

Eine starke internationale Zusammenarbeit ist notwendig, um globale Herausforderungen wie den Klimawandel und die sozial-ökologische Transformation zu bewältigen. Internationale Übereinkommen wie der Pariser Klimavertrag und die internationalen Menschenrechte inklusive der ILO-Kernarbeitsnormen und der Konventionen zu den Rechten indigener Gruppen bilden den gesetzlichen Mindestrahmen auch mit Blick auf die Frage der Rohstoffversorgung mit dem Ziel, dass Wettbewerbsvorteile nicht zu Lasten von Beschäftigten und der Umwelt errungen werden dürfen.

Diese menschenrechtlichen, sozialen und ökologischen Rahmenbedingungen müssen effektiv durchsetzbar sowie sanktionierbar sein und für alle Arten wirtschaftlicher Partnerschaften gelten – von europäischen bi- und plurilateralen Handels- und Investitionsabkommen über nationale und europäische Partnerschaften jeglicher Art (bspw. Rohstoffpartnerschaften, Wasserstoffpartnerschaften, Energiepartnerschaften etc.) sowie im Rahmen von Außenwirtschaftsförderinstrumenten wie z.B. Investitionsbürgschaften. Ziel dabei muss sein, Nachhaltigkeit und Wertschöpfung bei Abbau und Weiterverarbeitung auch in den Partnerländern zu unterstützen und gemeinsam mit den Akteuren vor Ort zu identifizieren, über welche Mittel das konkret gelingen kann (finanzielle und/oder technische Hilfe, Austausch von Know-How etc.). Handels- und außenpolitische Instrumente dürfen nicht dazu führen, dass rohstoffreichen Ländern (erneut) die Rolle reiner Rohstoffexporteure zugeschrieben wird.

Neben der staatlichen Verantwortung, die Umwelt und das Klima zu schützen sowie menschenwürdige Arbeitsbedingungen zu garantieren, kommt den Unternehmen eine entscheidende Rolle bei der Umsetzung der Sorgfaltspflichten zu. In diesem Bereich sind auf EU- und UN-Ebene verschiedene Initiativen angestoßen worden, die u.a. die Einhaltung von Arbeits- und Umweltstandards verpflichtend und unter Androhung von Sanktionen festschreiben.

Dazu zählt auf multilateraler Ebene der Prozess rund um ein verbindliches UN-Abkommen zu Wirtschaft und Menschenrechten (Binding Treaty). Auch die jüngsten EU-Initiativen zu entwaldungsfreien Lieferketten, dem Verbot von in Zwangsarbeit hergestellten Produkten auf dem Unionsmarkt, der Batterieverordnung sowie dem laufenden Prozess rund um das europäische Lieferkettengesetz sind im Bereich des Rohstoffabbaus und -handels höchst relevant. Denn nicht selten treten im Umfeld von Bergbauprojekten Probleme mit der Einhaltung von Arbeits- und Arbeitsschutzstandards, der Achtung der Rechte indigener Gemeinden, negative Auswirkungen auf Umwelt und Klima sowie mit der Einbeziehung der betroffenen Bevölkerung auf, die bisher weder von unternehmerischer noch von staatlicher Seite ausreichend angegangen werden. Die genannten politischen Prozesse können dazu beitragen, auch die menschenrechts- und umweltbezogenen Risiken beim Abbau, aber auch bei der Weiterverarbeitung und dem Transport natürlicher Rohstoffe besser zu adressieren bzw. zu verhindern.

Bei der Frage, wie die Einhaltung dieser Standards gewährleistet werden kann, sind mehrere Hebel relevant, bei denen es sich anzusetzen lohnt:

- **Transparenz entlang der Lieferkette erhöhen:** Abbaubedingungen können sich von Mine zu Mine stark unterscheiden. Die Nachverfolgung, wo ein Rohstoff abgebaut wurde, ist daher von großer Bedeutung, um Unternehmen zur Rechenschaft ziehen bzw. die Einhaltung der Sorgfaltspflichten nachweisen zu können. Dies ist jedoch in vielen Fällen schwierig bis unmöglich – spätestens, wenn in Schmelzen und Raffinerien Metalle verschiedener Herkunft zusammengeführt werden, ist eine Rückverfolgung zur Mine kaum mehr möglich. Größere Transparenz ist darüber hinaus notwendig, um die Geldströme aus dem Rohstoffsektor nachverfolgen und damit Geldwäsche, Steuervermeidung und Korruption entgegenwirken zu können. Mit der *freiwilligen Extractives Industries Transparency Initiative* (EITI) wurde Anfang der 2000er Jahre ein erster Schritt in Richtung mehr Transparenz gemacht. Weitere (bspw. mit Blick auf die Herkunft – sowohl Land als auch Mine – von Rohstoffimporten) müssen jedoch folgen.
- **Partnerschaften auf Augenhöhe vereinbaren:** Um eine gleichwertige Partnerschaft zu erreichen, müssen die Interessen der Partnerländer berücksichtigt werden. Gemeinsam sollten Sektoren oder Projekte identifiziert werden, bei denen beispielsweise finanzielle Unterstützung oder der Austausch von Know How sinnvoll und mit den genannten Nachhaltigkeitsstandards vereinbar sind. Der Aufbau gewerkschaftlicher Strukturen sowie die Förderung demokratischer Akteure und Prozesse sind dabei ebenso relevant, sodass starke soziale Strukturen aufgebaut und Korruption entgegengewirkt werden kann. Im Rahmen der geplanten Clubs, Partnerschaften, strategischen Projekte (bspw. im Rahmen des *Critical Raw Materials Act*) und Abkommen muss ebenfalls geregelt werden, welche Folgen ein Verstoß gegen diese Standards hat.

- **Nachhaltigkeitsstandards verbindlich in internationalen Kooperationen vereinbaren:** Die Hinwendung zu verbindlichen unternehmerischen Sorgfaltspflichten mit Sanktionsmechanismen, wie sie auf europäischer Ebene zu beobachten und im Rahmen des UN-Binding Treaty diskutiert werden, muss sich auch in Kooperationen auf internationaler Ebene wie Clubs, Partnerschaften oder Handelsabkommen wiederfinden. Die Teilnahme an Unternehmensinitiativen und Zertifizierungssystemen ist dabei nicht automatisch mit der Einhaltung der entsprechenden Sorgfaltspflichten gleichzusetzen. Ein Freikaufen aus der unternehmerischen Verantwortung darf es nicht geben. Vielmehr müssen auch die Mitbestimmungsstrukturen dazu befähigt werden, die Einhaltung unternehmerischer Sorgfaltspflichten zu unterstützen.
- **Rohstoffhändler und Handelsbörsen adressieren:** Rohstoffhändler, Metallbörsen und Handelsplätze außerhalb von Börsen spielen eine wichtige Rolle in der Wertschöpfungskette. Sie bilden den Knotenpunkt zwischen Produzenten, Verarbeitungsunternehmen sowie Abnehmern und sind damit zentral - zum einen mit Blick auf die nötigen Informationen, die zum Nachweis der Einhaltung von Nachhaltigkeitsstandards nötig sind. Zum anderen kann hier auf Grund ihrer enormen Bedeutung innerhalb der Wertschöpfungskette Druck auf die einzelnen Akteure ausgeübt werden, diese Standards einzuhalten. Auf Grund ihrer großen Bedeutung innerhalb der Rohstoffwertschöpfungskette sollten diese Akteure stärker und verbindlicher in die Pflicht genommen werden, für höhere Transparenz mit Blick auf die Herkunft und Abbaubedingungen von Rohstoffen zu sorgen.
- **Finanzierung an Bedingungen knüpfen:** Die Instrumente der deutschen Außenwirtschaftsförderung wie Exportkredite, Investitionsgarantien und vor allem die Garantien für ungebundene Finanzkredite (UFG-Garantien) spielen für Rohstoffprojekte in Drittstaaten eine wichtige Rolle. Bei allen staatlichen Absicherungen muss gelten, dass öffentliche Gelder an die Einhaltung der genannten Nachhaltigkeitsstandards gebunden sind. Nur so kann verhindert werden, dass öffentliche Gelder in Projekte fließen, bei denen Menschenrechte oder Arbeitnehmer*innenrechte verletzt oder Umweltstandards missachtet werden. Verstöße von unternehmerischer Seite müssen die Suspendierung staatlicher Garantien zur Folge haben. Gleiches gilt für Finanzierungsinstrumente auf europäischer Ebene.

4) Resiliente Rohstoffversorgung aufbauen, Diversifizierung voranbringen, europäischen Abbau fördern

Deutschland verfügt über begrenzte eigene Rohstoffvorkommen und wird auch langfristig auf den Import kritischer Rohstoffe angewiesen sein. Eine unzureichende Versorgung bremst nicht nur die Transformation, sondern gefährdet industrielle Wertschöpfung und Beschäftigung. Der DGB schlägt verschiedene politische Maßnahmen vor, um eine sichere und resiliente Rohstoffversorgung zu gewährleisten.

Diversifizierung stärken und Lagerhaltung sicherstellen

Da die Vorkommen von kritischen Rohstoffen sich auf bestimmte Regionen beschränken, bestehen zu einzelnen Lieferanten hohe Abhängigkeiten. China ist beispielsweise bei der Veredelung von Rohstoffen führend und Hauptlieferant von Seltenen Erden. Um Verwundbarkeiten bei der Störung von Lieferketten und bei einseitigen Abhängigkeiten abzubauen, müssen die Rohstofflieferanten strategisch neu geordnet und diversifiziert werden. Beim Aufbau von Geschäftsbeziehungen und Partnerschaften müssen aber die Bedürfnisse und Interessen der Exportländer und der Zivilgesellschaft berücksichtigt werden. Gerade die Gewerkschaften können einen wichtigen Beitrag dazu leisten, dass Menschen- und Arbeitnehmer*innenrechte sowie Nachhaltigkeitsstandards in den Ländern, in denen Abbau und Weiterverarbeitung stattfinden, besser ausgestaltet und überprüft werden.

Der *Critical Raw Materials Act* macht einige Vorgaben zur Diversifizierung für die europäische Rohstoffversorgung: 16 „strategische Rohstoffe“ sollen nicht zu mehr als 65 Prozent aus nur einem anderen Land importiert werden. Dieses Ziel muss aber auch mit konkreten politischen Vorgaben und Anreizen für die Privatwirtschaft einhergehen, um Wirksamkeit zu entfalten. Die Diversifizierung der Lieferketten ist in erster Linie Aufgabe der jeweiligen Unternehmen. Doch auch der Staat sollte handeln, Einfluss auf die Rohstoffbeschaffung nehmen und Anreize auf verschiedenen Ebenen setzen. Aus Sicht des DGB gibt es hier vier konkrete Ansatzpunkte für politisches Handeln:

- Finanzielle Anreize für die Diversifizierung von Rohstofflieferanten und zum Einsatz heimischer und/oder recycelter Rohstoffe setzen. Hier könnten im Rahmen von staatlichen Förderinstrumenten Vorgaben gemacht werden.
- Bestehende Beratungsangebote zur Diversifizierung der Lieferketten sollten ausgebaut und gefördert werden.
- Die Einführung von Quoten für den Einsatz von in Europa geförderten oder raffinierten Rohstoffen sollte langfristig umgesetzt werden.
- Die Möglichkeiten der Mitbestimmung sollten genutzt (bspw. im Rahmen der Umsetzung des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes) und die Diversifizierung der Lieferbeziehungen aktiv vorangetrieben und begleitet werden.

Eine umfassende Diversifizierung allein führt aber noch nicht zur Resilienz von Rohstofflieferketten. Nicht vorauszusehende geopolitische Konflikte, wirtschaftliche Schocks oder die Auswirkungen des Klimawandels können den Import von Rohstoffen zum Erliegen bringen. Deswegen müssen weitere Maßnahmen getroffen werden. Eine kontrollierte Lagerhaltung von kritischen Rohstoffen ist der richtige Ansatz, um kurzfristige Engpässe überbrücken zu können. Der Staat muss hier eine aktive Rolle einnehmen und die Koordination von strategischen Rohstoffvorräten selbst übernehmen. Der Aufbau einer öffentlichen Rohstoffagentur – wie auch im Entwurf des *Critical Raw Materials Act* vorgesehen – ist als sinnvoll zu erachten. In Deutschland steht mit der Deutschen Rohstoffagentur (DERA) bereits eine solche Institution zur Verfügung. Ihre Aufgabenbereiche und Kompetenzen sollten erweitert und ausgebaut werden:

- Die DERA sollte die Mindestbeschaffung von kritischen Rohstoffen koordinieren und eine entsprechende Lagerhaltung sicherstellen.
- Das Monitoring der Lieferketten von besonders kritischen Rohstoffen sollte von der DERA fortgeführt und intensiviert werden, um frühzeitig auf Engpässe hinweisen zu können.
- Zudem erscheint es sinnvoll, eine Meldepflicht für Unternehmen über den Bestand und den Bedarf von kritischen Rohstoffen bei der DERA einzuführen bzw. auszuweiten, um die Rohstoffversorgung besser evaluieren zu können.

Europäischen Abbau ermöglichen und fördern

Auch die Erkundung und der Abbau von kritischen Rohstoffen innerhalb der europäischen Grenzen sollte geprüft und die Voraussetzung dafür geschaffen werden. Rohstoffe können hier potenziell zu deutlich besseren Sozial- und Umweltstandards abgebaut werden als in vielen anderen Teilen der Welt. Zudem minimiert ein europäischer Abbau lange Transportwege. Das Ziel des *Critical Raw Materials Acts*, bis 2030 mindestens 10 Prozent des europäischen Gesamtbedarfs an strategischen Rohstoffen in der EU abzubauen und 40 Prozent zu verarbeiten, ist zu begrüßen. Relevante Vorkommen von Lithium wurden bereits in Deutschland, Seltene Erden in Spanien und Schweden ausgemacht. Der gesamte Rohstoffbedarf lässt sich aber bei Weitem nicht durch europäischen Bergbau decken.

Für den DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften ist klar: Wenn es hierzulande zur Förderung von Rohstoffen kommt, muss das mit der Schaffung von tarifgebundener, mitbestimmter Beschäftigung und entsprechenden Nachhaltigkeitsstandards einhergehen. Staatliche Förderung von Abbauvorhaben müssen an die Kriterien Guter Arbeit und Umweltstandards gebunden werden.

Für einen großflächigen Abbau kritischer Rohstoffe im industriellen Maßstab gilt es, frühzeitig die entsprechenden politischen Rahmenbedingungen zu setzen. Der Verwaltungsaufwand sollte möglichst geringgehalten werden. Planungs- und Genehmigungsverfahren dürfen sich nicht zur Abbau-Bremse entwickeln.

Dabei dürfen andere (europäische) Regulierungen einer Beschleunigung nicht entgegenwirken, wie etwa die diskutierte Novellierung der Industrieemissionsrichtlinie. Gleichzeitig ist sicherzustellen, dass beschleunigte Planungs- und Genehmigungsverfahren nicht auf Kosten von Sozial- und Umweltstandards sowie der angemessenen Beteiligung der betroffenen Bevölkerung gehen. Dies gilt sowohl für Projekte in der EU als auch in Drittstaaten.

Für die im *Critical Raw Materials Act* vorgesehenen “strategischen Projekte” sind beispielsweise konkrete Fristen für die Bearbeitung von Genehmigungen vorgegeben (12 bzw. 24 Monate). Unklar bleibt, welche Konsequenzen drohen, wenn die Fristen nicht eingehalten werden. Grundsätzlich ist die Voraussetzung für die Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren eine umfassende Digitalisierung und Modernisierung der Verwaltungsstrukturen sowie eine Vereinfachung von bürokratischen Verfahren. Insbesondere Doppelprüfungen auf europäischer und nationaler Ebene gilt es zu vermeiden. Zudem braucht es ausreichend Personal und Fachwissen in den Planungsbehörden, um den Anforderungen gerecht zu werden. Entsprechende Weiterbildungsangebote und attraktive Arbeitsbedingungen sind hier der Schlüssel. Grundsätzlich können Europa und Deutschland von Ländern wie Kanada lernen. Dort gibt es langjährige Erfahrungen und Genehmigungsverfahren werden innerhalb weniger Wochen und Monate vergeben.

Neben dem Verwaltungsaufwand ist auch die hohe Kapitalintensität ein Hemmnis für die Umsetzung von Rohstoffprojekten in Europa. Öffentliche Institutionen können hier mit Bürgschaften und günstigen Kreditkonditionen – unter Einhaltung der entsprechenden Sozial- und Umweltstandards - unterstützend wirken. Zudem sollte es eine europäische Koordinierung kommender Abbauvorhaben geben, um innerhalb der Europäischen Union abgestimmt vorzugehen und sich an den jeweiligen länderspezifischen Bedarfen zu orientieren.

Bestehende Abhängigkeiten nicht weiter vergrößern

Mit Blick auf die Energiewende und die Transformation ist es zudem zentral, bestehende Abhängigkeiten von strategischen Rohstoffen und Produkten nicht noch weiter zu vergrößern. Das heißt konkret, industrielle Wertschöpfung, die in Europa kritische Rohstoffe verarbeitet, nicht abwandern zu lassen. Der Blick der EU-Kommission auf die Net Zero Industrien greift hier zu kurz. Hier wird sich lediglich auf die Solarenergie, Windenergie, Batterien und Speicher, Wärmepumpen und Geothermie, Elektrolyseure und Brennstoffzellen, Biogas, CCS sowie Netztechnologien bezogen. Gerade die Industriebranchen, die am Anfang der Wertschöpfungskette von Schlüsseltechnologien stehen, sind von zentraler Bedeutung (z. B. Stahl, Chemie, Glas, Keramik, Zement).

Zudem müssen Produktionskapazitäten in wichtigen Zukunftssektoren aufgebaut bzw. in den Branchen, die für die Transformation wichtige Vorprodukte liefern, gestärkt werden. Ziel ist es dabei nicht, den Abbau von Kapazitäten in anderen Regionen der Welt zu forcieren und damit Handelskonflikte zu provozieren.



Vielmehr geht es um die Vergrößerung der Gesamtkapazitäten nachhaltiger Produktion, die notwendig sein werden, um Klimaneutralität global zu erreichen. Klar ist: Dies wird mit einem Abbau von konventionellen, nicht-nachhaltigen Produktionskapazitäten einhergehen. Dieser Strukturwandel muss sozial-verträglich und strukturpolitisch begleitet werden.